

Der Maßlosigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Einhalt gebieten - Die Erhöhung des Rundfunkbeitrags verhindern

Drucksache 8/6367 · eingebracht 2026-03-12 – Antragsteller:

AfD

Medien

Demokratie

Finanzen

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert, eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu verhindern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf sein verfassungsgemäßes Mindestmaß zurückzuführen, basierend auf Kritik an Skandalen, Vergütungen und angeblicher politischer Einseitigkeit.

KERNFORDERUNGEN

- Verhinderung der Beitragserhöhung auf 18,64 €
- Begrenzung der Intendantenvergütungen
- Stärkung der parlamentarischen Kontrolle über die KEF
- Rückführung des ÖRR auf das verfassungsgemäße Mindestmaß

BEWERTUNG

2.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er untergräbt Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5), indem er die Unabhängigkeit der Medienaufsicht (KEF) pauschal in Frage stellt, ohne konkrete Verbesserungsvorschläge für partizipative Kontrolle zu machen. Er verletzt Solidarität (Wert 2) durch eine einseitige Fokussierung auf Kostenkontrolle statt auf gemeinwohlorientierte Medienqualität und Vielfalt. Ökologische Nachhaltigkeit (Wert 3) und Soziale Gerechtigkeit (Wert 4) bleiben unberücksichtigt. Menschenwürde (Wert 1) wird indirekt beeinträchtigt, da die Kritik an 'unausgewogener Berichterstattung' nicht mit konkreten, nachvollziehbaren Standards verknüpft ist, sondern pauschale Verdächtigungen befördert.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Forderung nach Transparenz der Vergütungen
- Hinweis auf strukturelle Probleme wie KI-Missbrauch
- Verweis auf internationale Vergleichszahlen (BBC)

Schwächen

- Pauschale Infragestellung der KEF ohne Alternativmodell
- Fehlende Berücksichtigung der Rolle des ÖRR für Demokratie und Vielfalt
- Kein Bezug zu Bildungsauftrag, Medienkompetenz oder kultureller Teilhabe

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	--	•	•	--
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	-	--	•	•	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 Solidarität bei Finanzpartnern Bewertung: -5

Beitragszahlende als Gemeinschaft

B5 Transparenz & Mitbestimmung bei Finanzpartnern Bewertung: -4

Fehlende konstruktive Beteiligungsmodelle; pauschale Infragestellung bestehender Kontrollinstanzen

D2 Solidarität bei Bürger:innen Bewertung: -4

Medien als Gemeingut und Grundlage demokratischer Teilhabe

D1 Menschenwürde bei Bürger:innen Bewertung: -3

Pauschale Unterstellung politischer Einseitigkeit ohne differenzierte Analyse

CDU**WAHLPROGRAMM****3/10**

CDU Sachsen fordert im Wahlprogramm 2024 explizit die Stärkung regionaler Medien und des Lokaljournalismus sowie die Sicherung sorbisch-sprachiger Angebote. Der Antrag zielt hingegen auf systemische Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ab — ein fundamentaler Widerspruch zur CDU-Position. Kein Bezug zu den CDU-Forderungen nach Medienvielfalt und kultureller Vielfalt.

„Wir setzen uns dafür ein, die Medienkompetenz in den sächsischen Lehrplänen weiterhin zu stärken und dar...“

CDU Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 75

PARTEIPROGRAMM**2/10**

Das CDU-Grundsatzprogramm betont die Bedeutung des Medienstandorts Sachsen und die Kooperation mit Kultur- und Medieneinrichtungen. Der Antrag widerspricht dieser proaktiven Kulturpolitik grundlegend.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM**10/10**

Der Antrag entspricht exakt den Kernforderungen des AfD-Wahlprogramms 2024 zur Medienpolitik: Kritik an der 'abgenommenen Staatsferne' des MDR, Forderung nach Transparenz von Gewinnen/Verlusten, und Konsequenz bei Steuerverschwendung.

„Ein vom Staat unabhängiger und kritischer Journalismus ist essentieller Bestandteil eines demokratischen Staatswesens. Wir treten für eine vielfältige Medienlandschaft ein, die alle Meinungen im Rahmen geltenden Rechts zulässt.“

AfD Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 16

„11.6 Strafbarkeit für Steuerverschwendung und Missmanagement Während schon kleine Steuervergehen konsequent verfolgt werden, bleibt die Verschwendung von Steuermitteln in der Regel ohne Folgen.“

AfD Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 64

PARTEIPROGRAMM**9/10**

Das AfD-Grundsatzprogramm fordert die Befreiung von Parteien-Einfluss auf Kultur und Medien und betont die Notwendigkeit fachlicher Qualitätskriterien — was der Antrag durch seine Kritik an parteilicher Berichterstattung und Forderung nach Transparenz umsetzt.

„Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten.“

AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 48

BSW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

1/10

Die SPD Sachsen fordert im Wahlprogramm 2024 ausdrücklich die Reform der Landesmedienanstalt zur Stärkung der gesellschaftlichen Vielfalt in den Gremien und betont die Unabhängigkeit der Medien. Der Antrag lehnt diese partizipativen Reformansätze ab und zielt stattdessen auf eine pauschale Reduktion und Kontrolle ab — ein klarer Widerspruch.

„Wir wollen die Landesmedienanstalt grundlegend reformieren, damit die Gremien Verantwortung und Kontrolle gemeinsam wahrnehmen können. Die Medienversammlung, in der die gesellschaftliche Vielfalt abgebildet ist, werden wir dabei mit umfassenderen Gestaltungskompetenzen ausstatten.“

SPD Sachsen Wahlprogramm 2024, S. 32

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Hamburger Programm betont Medienfreiheit, Selbstkontrolle und Medienkompetenz als Bildungsschwerpunkt. Der Antrag untergräbt diese Prinzipien durch pauschale Verdächtigung und Forderung nach staatlicher Deckelung statt nach qualitativer Aufwertung.

„Wir verteidigen die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Eingriffen und wirtschaftlichen Machtinteressen. Auf die effektive Selbstkontrolle der Medien und journalistisch-ethische Standards wollen wir nicht verzichten.“

SPD Hamburger Programm 2007, S. 39

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ist nicht in der Lage, die Interessen der Beitragszahler hinreichend und eigenständig zu wahren.

Die KEF soll durch verstärkte Bürgerbeteiligung (z. B. ein beratendes Bürgergremium mit repräsentativer Zusammensetzung) und verpflichtende Offenlegung aller Ausgabenpositionen über 50.000 Euro gestärkt werden, um ihre Legitimität und Transparenz zu erhöhen.

Begründung: Stärkt Wert 5 (Transparenz & Mitbestimmung) durch konkrete Partizipation statt pauschaler Infragestellung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Die Parlamente der Länder sind verpflichtet, die Interessen der Beitragszahler zu schützen, unangemessene Beitragserhöhungen zu verhindern und künftig konsequent auf eine Senkung des Rundfunkbeitrags hinzuwirken.

Die Parlamente der Länder sind verpflichtet, die Interessen der Beitragszahler zu schützen, indem sie eine transparente, nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse aller Programmaufwendungen vor jeder Beitragserhöhung verlangen, und künftig konsequent auf eine Qualitätssteigerung statt reine Kostenreduktion hinzuwirken.

Begründung: Stärkt Wert 2 (Solidarität) und Wert 4 (Soziale Gerechtigkeit) durch Fokus auf Qualität und Nutzen für die Gemeinschaft statt auf reinen Sparzwang.

Vorschlag 3 von 3

Original: Zugleich ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den letzten Jahren mit einer ganzen Reihe von Pannen, Skandalen und Rechtsverstößen sowie mit einer unbestreitbaren politisch einseitigen Berichterstattung aufgefallen.

Zugleich ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den letzten Jahren mit einer ganzen Reihe von Pannen, Skandalen und Rechtsverstößen aufgefallen. Um politische Einseitigkeit zu vermeiden, fordern wir die Einführung eines unabhängigen Medien-Ombudsmanns mit Beschwerderecht und regelmäßiger, öffentlicher Berichterstattung über die Einhaltung des Gebots der Vielfalt und Ausgewogenheit.

Begründung: Stärkt Wert 1 (Menschenwürde) und Wert 5 (Transparenz & Mitbestimmung) durch konstruktives, rechtlich fundiertes Instrument statt pauschaler Unterstellung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · PIPr8-33

Original-Antrag

Drucksache 8/6367

Der Maßlosigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Einhalt gebieten --

· Original-PDF konnte nicht angehängt werden.

Grund: HTTP 404

Quelle: https://edas.landtag.sachsen.de/parlamentsdokumentation/parlamentsarchiv/viewer.aspx?dok_n